

Gemeinsame Stellungnahme

der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie,
Psychosomatik und Psychotherapie (DGKJP),

des Berufsverbands für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik
und Psychotherapie in Deutschland (BKJPP)

und

der Bundesarbeitsgemeinschaft der Leitenden Klinikärzte für Kinder- und
Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie (BAG KJPP)

zu

aktuellen Tendenzen: keine Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen, sondern wirksame Prävention

Anschläge wie die von Aschaffenburg und Magdeburg entzünden Diskussionen darüber, wie die öffentliche Sicherheit besser geschützt werden kann. Wenn Täter:innen psychisch krank sind, wird auch über das Bedrohungspotential von Menschen mit psychischen Erkrankungen diskutiert. Das reicht bis zur Forderung nach einem Zentralregister für Menschen mit psychischen Krankheiten.

Jeder einzelne Anschlag ist furchtbar. Überlebende und Zeugen leiden ebenso wie die Angehörigen der Opfer oft ein Leben lang. Absolute Sicherheit vor Anschlägen wird es jedoch auch in Zukunft nicht geben. Es ist irrig anzunehmen, dass z.B. psychiatrische Expert:innen eindeutig ein Gefährdungspotential erkennen – oder ausschließen – können, da sich psychische Zustände eben auch ändern können.

Menschen mit psychischen Krankheiten sind in ihrer Gesamtheit nicht gewalttätiger als Menschen ohne psychische Erkrankungen. Wichtig ist eine Behandlung, auch um schwereren Verläufen vorzubeugen. Damit sich Betroffene die nötige Hilfe holen, dürfen sie nicht durch Stigmatisierung, Vorurteile und Diskriminierungen davon abgehalten werden. Fachexpert:innen lehnen ein Register für psychisch Erkrankte daher ab.

Bei Kindern und Jugendlichen ist die mentale Gesundheit das zentrale Gesundheitsthema in Deutschland. Seit Corona hat sich die Lage noch einmal verschlechtert. Jeder fünfte junge Mensch zeigt im Laufe eines Jahres psychische Belastungen. Psychische Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter können gravierende Auswirkungen auf das spätere Leben haben. Auf Probleme in der Schule und beim Schulabschluss folgen Schwierigkeiten in Ausbildung und Beruf und schließlich nicht selten die Abhängigkeit von Sozialleistungen. Diskussionen über Register etc. führen dazu, dass das Stigma psychischer Störungen zunimmt. Immer noch wird berichtet, dass die Inanspruchnahme von entsprechenden Hilfen mit Sorgen verbunden ist, im späteren Leben, etwa bei der Berufswahl oder dem Abschluss von Versicherungen, benachteiligt zu werden.

Insofern sehen wir die derzeitigen Diskussionen mit Sorge. Menschen mit psychischen Erkrankungen werden unter Generalverdacht gestellt. Auch hilft nicht, die Psychiatrie als Auffangbecken für kriminelle Menschen mit Verhaltensproblemen zweckzuentfremden. Helfen würde, psychische Erkrankungen im Alltag aus der Tabuzone zu holen und Angebote zur Vorbeugung, Früherkennung und Behandlung bedarfsgerecht auszubauen.

Berlin/ Mainz/ Schleswig, 28.03.2025

Kontakt

DGKJP Geschäftsstelle
Reinhardtstraße 27B
10117 Berlin
E politik@dgkjp.de